

Veranstaltungen zum Thema Erneuerbare Energien organisiert und intensives Lobbying gegenüber der alten wie auch der neuen Regierung betrieben.

Hinter diesem Engagement steht auch das große Interesse deutscher und österreichischer Firmen am noch wenig entwickelten slowakischen Markt für Alternativenenergien, Wärmedämmung und Energiespar-Innovationen. Unternehmen aus Deutschland und Österreich bzw. ihre slowakischen Tochterfirmen sind in diesem Bereich auf dem slowakischen Markt sowohl den einheimischen Konkurrenten als auch jenen aus anderen EU-Ländern deutlich überlegen und profitieren daher auch am meisten davon, wenn die Slowakei den Sektor weiter ausbaut.

Gerade bei der Solarenergie, aber auch bei der Windkraft und bei anderen alternativen Energiequellen sind die für die Verwaltung des nationalen Stromnetzes verantwortliche Regulierungsbehörde SEPS und auch die Regierung selbst zuletzt wieder auf die Bremse gestiegen. (Zunächst die alte Regierung – aber auch die neue dürfte deren Linie in diesem Bereich fortsetzen.) 2010 wurden erst im Jahr zuvor gesetzlich verankerte Förderungsmaßnahmen zugunsten des

Ziels, bis 2020 den Anteil Erneuerbarer Energie von bisher weniger als sieben auf 14 Prozent zu erhöhen, wieder drastisch reduziert. Angesichts der Erfahrungen im Nachbarland Tschechien mit einem wahren Boom der Solarenergie befürchten nämlich die slowakischen Behörden auch in der Slowakei einen zu raschen und zu intensiven Ausbau. Die staatlichen Abnahmegarantien für Alternativenenergieen hätten auf diese Weise die Strompreise zu stark in die Höhe treiben und zugleich die Stabilität des Stromnetzes technisch überfordern können (vor allem durch die wetterbedingt stark schwankende Strom-Einspeisung).

Zusammengefasst kann gesagt werden, daß der Umweltschutz und besonders der Klimaschutz in der Slowakei bis heute nur eine marginale Rolle spielen. Das Bewusstsein für die Notwendigkeit nationaler als auch internationaler Umweltschutzmaßnahmen ist noch unterentwickelt. Besserung ist lediglich durch von der EU beschlossene Umweltverordnungen bzw. -maßnahmen in Sicht. Eine Weiterentwicklung des Umweltbewusstseins der Bevölkerung durch Kindergarten und Schule kann bislang noch nicht beobachtet werden.

UKRAINE

Nico Lange

Das Thema des Klimawandels nimmt in den politischen und gesellschaftlichen Debatten in der Ukraine auch im Jahr 2011 noch eine sehr randständige Position ein. Es ist Bestandteil weder der wesentlichen öffentlichen Diskussionen noch des Arbeitsprogramms der aktuellen Regierung, der geltenden Koalitionsvereinbarung oder der Parteiprogramme der bedeutendsten politischen Parteien des Landes.

Das Umweltbewusstsein bleibt in der Ukraine weiterhin nur schwach entwickelt. Das von Schwerindustrie, chemischen Anlagen und Atomenergie geprägte Wirtschaftssystem wird noch immer durch ein Verständnis des unbedingten technischen Fortschrittes und der Ausbeutung der natürlichen Ressourcen geprägt. Zwar äußern sich in Umfragen fast zwei Drittel der Ukrainer besorgt über die Folgen der globalen Erwärmung, stufen die Dringlichkeit dieses Problems jedoch sehr niedrig ein. Das Problem solle nach Auffassung der Ukrainer erst gelöst werden, wenn es tatsächlich auftritt. Die Berichterstattung

zum Problemfeld des Klimawandels in den ukrainischen Medien erfolgt sporadisch und oberflächlich, meist lediglich im Zusammenhang mit Berichten über Naturkatastrophen.

Im Jahr 1990 nahm die Ukraine den zehnten Platz in der Liste der größten Treibhausgas-Emittenten der Welt ein, hinter den USA, Japan, Deutschland, Kanada und anderen hochindustrialisierten Ländern. Bereits 1992 schloss sich die Ukraine der UNO-Rahmenkonvention zum Klimawandel an, die allerdings erst 1996 vom ukrainischen Parlament ratifiziert wurde. Im Rahmen des Kyoto-Protokolls gelten die Emissionen des Jahres 1990 für die Ukraine als Maßstab. Aufgrund des enormen Niedergangs der ukrainischen Industrie seit den neunziger Jahren bleiben die aktuellen Schadstoffausstöße weit unterhalb dieser Werte und es besteht kein Handlungsbedarf zur Reduzierung der Emissionen. Es entsteht das Paradox, dass die bestehenden ukrainischen Industrieanlagen nach vollkommen veralteten Umweltstandards arbeiten, gewaltige Luftverschmutzungen verursachen und in großem Umfang Treibhausgase ausstoßen, die Ukraine

jedoch durch Emissionshandel sogar noch erhebliche finanzielle Gewinne machen kann. Für die Ukraine eröffnet der Handel mit Emissionsquoten eine attraktive und relativ problemlose Einnahmequelle. Nach Einschätzungen von Experten kann der Quotenverkauf den schwer angeschlagenen ukrainischen Staatshaushalt jährlich um etwa 2,5 Milliarden US-Dollar aufbessern. Vor diesem Hintergrund ergreifen die Regierungen der Ukraine über die rhetorische Unterstützung des Kampfes gegen den Klimawandel hinaus keine Maßnahmen und halten Investitionen in diesem Bereich für nicht gerechtfertigt. Für die größten Emittenten ist das Zahlen von Strafen für die Umweltverschmutzung seit vielen Jahren erheblich billiger als die Umrüstung und technologische Erneuerung ihrer Industrieanlagen.

Im ukrainischen Energiesektor gibt es laut einem „Gesetz über den grünen Tarif“ nach dem Vorbild des deutschen Einspeisegesetzes seit 2009 erste Anreize zur Nutzung alternativer Energiequellen. Das undurchsichtige und korruptierte System von hohen Wiederverkaufsgewinnen traditioneller Energieträger mit Verwicklungen in die politische Führung des Landes blockiert jedoch tief gehende Reformen im ukrainischen Energiesektor.

Die mediale Wahrnehmung der europäischen und internationalen Debatten zum Klimawandel hält sich in der Ukraine in sehr engen Grenzen. In den ukrainischen Medien, in Gesellschaft und Politik gelten diese Diskussionen vielfach als abgehoben und als „Luxusprobleme“ sehr reicher Staaten. Die deutsche Haltung, vor allem der Ausstieg aus der Atomenergie, werden in der ukrainischen Öffentlichkeit überwiegend als ökonomisch unsinnig und wegen der Abhängigkeit von russischem Gas als politisch gefährlich wahrgenommen.

Nach Einschätzung ukrainischer und internationaler Experten, die im Rahmen der Umsetzung des Kyoto-Protokolls das ukrainische Umweltministerium beraten, bleiben die unsystematische und unvollständige Bestandsaufnahme der Treibhausgas-Emissionen und das Fehlen einer eigenständigen ukrainischen Initiative zur Erarbeitung und Umsetzung von Projekten zur Emissionseindämmung mit europäischen und internationalen Partnern wesentliche Hindernisse für eine systematische Verbesserung der Situation.

Lediglich das Thema der Energieeffizienz gewinnt aktuell in der Ukraine schnell an Bedeutung. Die Ukraine gehört zu den größten Verschwendern von Energie auf der Welt, was durch langjährige Subventionierung der Energieträger aus Russland stark gefördert wurde. Die Ukraine erkennt zunehmend, dass

eine schnelle Steigerung der Energieeffizienz nicht nur wirtschaftlich sinnvoll ist, sondern vor allem eine politische und strategische Bedeutung hat. Sowohl die Bundesrepublik Deutschland als auch die Europäische Union sind auf dem Feld der effizienten Energienutzung in der technischen Zusammenarbeit aktiv.

Die Vertragsstaatenkonferenz der VN-Klimarahmenkonvention von Cancún erfuhr in der Ukraine keinerlei öffentliche Aufmerksamkeit. Die ukrainische Regierung nahm lediglich passiv teil und formulierte keinen erkennbaren Standpunkt. Die Ukraine zeigte kein erkennbares Interesse an der Lösung der klimapolitischen Probleme und suchte lediglich die eigenen finanziellen Interessen im Emissionshandel zu wahren.

Insgesamt bleibt die gesellschaftliche und politische Aufmerksamkeit für das Problem des Klimawandels in der Ukraine weit hinter anderen europäischen Staaten zurück. Vor dem Hintergrund der existenziellen finanziellen und wirtschaftlichen Herausforderungen, des schwach entwickelten Umweltbewusstseins der Bürger und der wenig diversifizierten und technologisch rückständigen ukrainischen Wirtschaft ist eine wachsende Bedeutung des Themas auch in absehbarer Zukunft nicht zu erwarten.